

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Dienstag, den 06.03.2018, um 17:00 Uhr
Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 19:30 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I.Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.01.2018
4. Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte durch die für den Fachausschuss zuständigen Ämter, verantw. Sozialamt, Gesundheitsamt, Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration
5. Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 019/2018
6. Informationen über Integrationskurse des BAMF, verantw. Frau Kaiser, Leiterin Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration
7. Umstrukturierung und Neuausrichtung der Sozialplanung, verantw.: Frau Gruenewald
8. Sonstiges

I.Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Papendieck**, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Papendieck schlägt vor, den TOP04 insoweit zu ändern, dass vor der Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte durch die für den Fachausschuss zuständigen Fachämter der Entwurf zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 durch die Kämmerei vorgestellt wird. Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Änderung zur Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 09.01.2018

Herr Papendieck bringt den Vorschlag ein, die Protokollführung zukünftig vom bisherigen ausführlichen Wortprotokoll auf ein knapperes Ergebnisprotokoll umzustellen. Die Abgeordneten sprechen sich für die bisherige Protokollführung aus.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob es Änderungsvorschläge oder –wünsche zum Protokoll der Fachausschusssitzung vom 09.01.2018 gibt, meldet sich niemand zu Wort. Das Protokoll gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte durch die für den Fachausschuss zuständigen Ämter, verantw. Sozialamt, Gesundheitsamt, Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

Frau Wellmer, Leiterin der Kämmerei und Kreiskasse, und **Herr Buhrke**, Beigeordneter des Landrates und Dezernent für Finanzen und Innenverwaltung, erläutern den Planentwurf zum Haushaltsjahr 2018 anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage).

Herr Buhrke weist fortführend noch darauf hin, dass sich der Landtag demnächst mit dem Nachtragshaushalt beschäftigen werde und darüber hinaus auch die Neuregelungen zum Länderfinanzausgleich greifen würden, wodurch sich Chancen für den Haushalt 2018 ergäben.

Herr Papendieck erfragt, ob weitere Nachfragen zum Haushalt beständen. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen, weshalb er das Wort an die Fachämter zur Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte übergibt.

Frau Lauke, Leiterin des Sozialamtes, beginnt mit der Vorstellung der Haushaltsschwerpunkte des Sozialamtes anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage).

Herr Papendieck fragt nach, wie es sich mit der Umstrukturierung im Bereich Rüdersdorf in Bezug auf den Sozialpsychiatrischen Dienst verhält. **Frau Grünewald** erklärt, dass es aufgrund des Austrittes aus dem Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV) eine Neuorientierung geben würde und am 1.12.2017 eine Veranstaltung hierzu stattgefunden hätte. Weitere Veranstaltungen würden folgen. Sie verweist auf Frau Folgner, welche als Psychiatriekoordinatorin die Neuorganisation verantworten würde. **Frau Dr. Baumann** ergänzt hierzu, dass bereits ein Kooperationsvertrag mit den Kliniken Rüdersdorf geschlossen worden wäre.

Im Anschluss stellt **Frau Dr. Baumann**, Leiterin des Gesundheitsamtes, die Haushaltsschwerpunkte des Gesundheitsamtes anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) vor.

Frau Wagner fragt nach, wie sie sich die erwähnten Schutzwesten vorstellen könne, worauf

Frau Dr. Baumann erläutert, dass es sich hierbei um stichsichere Westen handele, welche man über die normale Kleidung ziehen könne. **Herr Buhrke** ergänzt hierzu, dass es grundsätzlich klare Handlungsanweisungen für das Personal und entsprechende Sicherungssysteme gebe, zu denen die Schutzwesten eine Ergänzung darstellen würden.

Herr Papendieck erfragt im Hinblick auf die erfolgte Anpassung zum Gesundheitspass, ob die Anhebung von 29,00 € auf 45,00€ für alle gilt. **Frau Dr. Baumann** erklärt hierzu, dass nur jene bezahlen müssten, welche den Gesundheitspass gewerblich nutzten. Gebührenfrei ist die Ausstellung der Bescheinigung anlässlich von Schülerpraktika.

Anschließend stellt **Frau Kaiser**, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, die Haushaltsschwerpunkte des Amtes anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) vor.

Frau Freninez berichtet, dass im Raum Fürstenwalde Anerkannte aufgefordert würden, sich eigenen Wohnraum zu suchen. Sie erfragt welche Alternativen angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt bestehen würden. **Frau Kaiser** erläutert hierzu, dass außerhalb Fürstenwaldes Wohnraum existieren würde. Hierbei spielten aber die Mobilität und der Wille eine sehr große Rolle. Auf den Hinweis von **Frau Freninez**, dass dies begleitet und angeregt werden müsse, beteuert **Frau Kaiser**, dass dies erfolge. Angebote hierzu würden existieren, aber Diskussionen fänden trotzdem täglich statt.

Frau Wagner berichtet ergänzend, dass eine regelrechte Panikmache erfolge, dass demnächst die Anerkannten ihre Unterkünfte verlassen müssten und obdachlos werden würden. **Frau Kaiser** erläutert hierzu, dass die Asylbewerberheime zu 30% mit Anerkannten belegt wären, weil der Landkreis sich klar dazu positioniert, keine Obdachlosigkeit zu befördern. Es bestehe aber

doch Interesse daran, die Einrichtungen für Asylbewerber auf diese zu beschränken. Es sei auch nicht vorteilhaft für die Integration, Anerkannte in Gemeinschaftsunterkünften wohnen zu lassen. Alternativen wären beispielsweise in Storkow, Beeskow oder Eisenhüttenstadt klar vorhanden. Sie sieht die Verantwortung auch bei den Trägern vor Ort, die Anerkannten zu mobilisieren und zu motivieren, auch außerhalb von Fürstenwalde Wohnraum zu nehmen.

Herr Papendieck berichtet aus Schöneiche, dass die Geflüchteten sehr gern aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen wollen würden, es aber einfach allgemein sehr schwer sei, Wohnraum in den Ballungsgebieten zu finden. Er meint, es wäre hilfreich, wenn der Landkreis Angebote machen würde. **Frau Kaiser** erklärt hierzu, dass der Landkreis eigenen Wohnraum anmiete und darüber hinaus es Vermietern und Wohnungsbaugenossenschaften ermöglicht sei, bestehende Mietverträge mit Geflüchteten, welche eigenen Wohnraum beziehen dürfen, an diese zu übertragen.

Herr Papendieck erfragt, ob es weitere Anmerkungen oder Nachfragen gäbe. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: 019/2018

Der Vorsitzende geht zur Abstimmung über die Beschlussvorlage 019/2018 über. Er fragt ab, ob die Abgeordneten in Bezug auf die bevorstehende Abstimmung noch Fragen an die Verwaltung richten möchten. Da sich niemand zu Wort meldet, stellt er die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Es gibt keine Einwände. **Herr Papendieck** bedankt sich und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Informationen über Integrationskurse des BAMF, verantw. Frau Kaiser, Leiterin Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration

Frau Kaiser stellt Herrn Lampert, Leiter des Sachgebietes Integration im Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration, Frau Hass vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Frau Hiller von der Hiller Bildung und Beratung GmbH vor.

Herr Lampert beginnt mit einer grundlegenden Darstellung zum Thema Integrationskurse anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage).

Frau Wagner möchte wissen, wie hoch die Abbruchquote sei, worauf **Herr Lampert** erläutert, dass dies momentan nicht beantwortet werden können, da die Kurse noch laufen, es aber bis dato bei 159 Teilnehmern zu nur 3 Sanktionierungen gekommen sei. **Herr Papendieck** erfragt, warum Sprachniveau A1 nicht testiert wird. **Herr Lampert** äußert die Vermutung, dass das BAMF aufgrund der Unmöglichkeit, sich mit einem A1-Niveau auf den Arbeitsmarkt bewegen zu können, es wahrscheinlich nicht sinnvoll findet, dieses Niveau zu testieren. Auf die weitere Frage nach der Finanzierung der B2-Kurse weist **Herr Lampert** auf die bundseitige Kostenübernahme hin.

Frau Wagner bemerkt, dass sie es schwierig findet, dass Integrationswillige die B2-Kurse und weiterführende Kurse nur bezahlt bekommen, wenn sie aus dem „richtigen“ Herkunftsland kämen. Weiterhin fragt sie nach, ob in Hinsicht auf die nicht integrationswilligen Tschetschenen eine Handhabe über die Verpflichtung zum Integrationskurs denkbar wäre. Hierzu erklärt **Frau Kaiser** dass Tschetschenen nur verpflichtbar sind, wenn sie eine gute Bleibeperspektive hätten. Da dies aber nur in Ausnahmefällen der Fall sei, wären Tschetschenen nicht regulär verpflichtbar. **Herr Lampert** spricht sich im Namen des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration dafür aus, dass durch den Bund eine Öffnung für die Berufssprachkurse für alle Nationen erfolgen solle.

Herr Papendieck fasst noch einmal zusammen, dass die anwesenden Mitglieder eine Weiterführung von Sprachkursen über das B1-Niveau hinaus befürworten.

Anschließend stellt **Frau Hass** die Programme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) vor.

Herr Papendieck fragt nach, wie das Controlling und die Nachsteuerung erfolgt. Hierzu erklärt **Frau Hass**, dass regelmäßige Hospitationen bei den Trägern durchgeführt würden. Diese wären abhängig von der Anzahl der erfolgten Kurse. Gegebenenfalls ergingen dann auch Abmahnungen an den entsprechenden Träger. Darüber hinaus gehe das BAMF auch Hinweisen von Teilnehmern nach.

Im Anschluss stellt **Frau Hiller** die Arbeit im Bereich der Sprachkurse aus Sicht des Trägers dar. Sie erklärt hierzu, dass bereits bei der Lehrkräfteauswahl auf fachliche und persönliche Fähigkeiten geachtet werde. Dadurch wären in der Vergangenheit nur bei wenigen Lehrkräften Zusatzqualifizierungen nötig gewesen.

Weiterhin berichtet **Frau Hiller** über die Begleitung der Lehrkräfte und das Qualitätsmanagement. Hierzu erläutert sie, dass es in den Außenstellen Sonderbeauftragte und regelmäßige Beratungsrunden für die Mitarbeiter geben würde. Darüber hinaus hätte sich ein gut belastbares Netzwerk zwischen Kursträger, Sozialbetreuern und Behördenmitarbeitern etabliert, welches ein gutes Krisenmanagement ermögliche. Weiterhin erklärt sie, dass durch regelmäßige Hospitationen und Lernstandsanalysen sowie interne Audits und Befragung der Kursteilnehmer die Qualität gesichert werden soll. Um im Wettbewerb mit anderen Trägern bestehen zu können, würde neben der Begleitung der Lehrkräfte und dem Qualitätsmanagement auch auf Sonderangebote gesetzt wie beispielweise die Möglichkeit der Bildung von Lerngruppen oder der Nutzung von Räumen und Geräten auch außerhalb der Unterrichtsstunden.

Als große Herausforderungen spricht **Frau Hiller** die unterschiedlichen Bildungsstände und Regelkonformität der Teilnehmer sowie die Kursstabilität an. Teilnehmer mit höherem Bildungsstand wären zielstrebig und selbstverständlich besser steuerbar als Teilnehmer mit einem geringen Bildungsstand. Die Kursstabilität sei aufgrund des gut etablierten Netzwerkes zwischen Kursträger und Sozialbetreuern immer gewährleistet werden können. Auch wären durch wiederholte Ansprache und Darlegung der Konsequenzen Sanktionen bisher weitestgehend vermieden worden.

Als letzten Punkt spricht **Frau Hiller** das Thema Bildungs- und Arbeitsmarktübergänge an. Sie erklärt hierzu, dass weiterführende Angebote beständen wie zum Beispiel, sich als Teilnehmer ein Arbeitsmarktprofil erstellen oder sich zu Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen sowie Bewertung von Arbeitsmarkterfahrungen beraten zu lassen.

Herr Papendieck erfragt, wie geeignete Dozenten für einen Kurs gefunden werden. **Frau Hiller** antwortet hierzu, dass aufgrund flexiblen Einsatzes des vorhandenen Personals nicht wirklich gesucht werden müsse. **Herr Papendieck** fragt weiterhin, wie stark Hiller Bildung im Landkreis Oder-Spree aufgestellt ist. **Frau Hiller** beantwortet dies mit: Eisenhüttenstadt, Beeskow, 2x Fürstenwalde, Bad Saarow, Storkow und Erkner. **Herr Papendieck** möchte wissen, seit wann Hiller Bildung im Landkreis Oder-Spree vertreten ist. **Frau Hiller** erklärt darauf, dass Hiller Bildung als Träger von Sprachkursen seit Januar 2017 im Landkreis Oder-Spree aktiv wäre, wobei in Erkner gestartet worden sei und zurzeit Kurse in Erkner, Beeskow und Bad Saarow laufen würden.

Weitere Fragen bleiben aus, weshalb sich **Frau Kaiser** bei Frau Hass und Frau Hiller bedankt. Der Vorsitzende bedankt sich ebenfalls und geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Umstrukturierung und Neuausrichtung der Sozialplanung, verantwortw.: Frau Grünewald

Die Sozialplanerin der Kreisverwaltung, **Frau Grünewald**, stellt sich kurz vor und berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Umstrukturierung und Neuausrichtung der Sozialplanung (siehe Anlage). Zum Vortrag werden keine Nachfragen gestellt.

Herr Papendieck bedankt sich und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Sonstiges

Frau Freninez erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Besetzung der Gleichstellungs-, Ausländer-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten. **Herr Buhrke**, Beigeordneter des Landrates und Dezernent für Finanzen und Innenverwaltung, verweist darauf, dass die Besetzung durch eine Bestellung erfolgen müsse und es hierzu einen Vorschlag geben werde, welcher in den Kreistag eingebracht werden müsse. Dies erfolge zu gegebener Zeit. Auf die Nachfrage von **Herrn Papendieck**, ob es eine Perspektive gäbe, verneint **Herr Buhrke** dies. Er versichert, die Frage mitzunehmen und regt an, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses auf die Tagesordnung zu setzen. Frau Freninez bittet darum, dass die Antwort dem Protokoll beigelegt werde. **Herr Papendieck** befürwortet dies.

Da auch auf Nachfrage keine weiteren Themen angesprochen werden, schließt der Vorsitzende **Herr Papendieck** die Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Mathias Papendieck

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Magrit Budai

Schriftführer/in